**Zeitschrift:** bulletin.ch / Electrosuisse

Herausgeber: Electrosuisse

**Band:** 94 (2003)

Heft: 2

**Vorwort:** Das Wasser fliesst weiter = L'eau continue de couler ; Notiert = Noté

Autor: Müller, Ulrich

#### Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

#### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

#### Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

**Download PDF:** 14.11.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

## Das Wasser fliesst weiter

Seit der Ablehnung des Elektrizitätsmarktgesetzes an der eidgenössischen Volksabstimmung vom letzten Herbst ist schon viel Wasser den Rhein hinuntergeflossen. Und so tauchen auch wieder neue und alte Mechanismen für ein «nachhaltiges Gewässermanagement» auf.

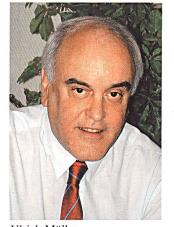
Es ist richtig, dass das Wasser eine absolut prioritäre Bedeutung für unsere Zukunft hat. Durch menschliche Einflüsse zunehmend bedroht, fordern engagierte Kreise für die alpinen Gewässer zukünftig wirksame Schutzprogramme und ein gemeinsames Handeln von Politik und Wissenschaft.

Der Wunsch nach einsamen Bergseen und wilden Gletscherbächen in unberührter Natur ist verständlich, bringt aber keine realen Lösungen. Naturwerte und die Ansprüche des Tourismus stehen oft mit der Wasserkraftnutzung, den Gewässerkorrektionen und zunehmenden Raumbedürfnissen von Siedlungen im Konflikt. Die vielen verschiedenen Partikularinteressen am Wasser sind kaum kompatibel.

Ein wirksamer Schutz sei nur möglich, wenn die Zusammenhänge zwischen der Umwelt, den Gewässern und ihrer Flora und Fauna verstanden werden, so die Aussage von Umweltschützern. Dies ist jedoch nur ein Teilaspekt. Für ein «nachhaltiges Gewässermanagement» ist auch ein Verständnis über die weiteren Zusammenhänge bei der Nutzung der Gewässer notwendig. Für die Umsetzung braucht es deshalb weitere interdisziplinäre Erkenntnisse, aber auch eine intensive Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Interessengruppen.

Keine Lösung bringen einseitige Angriffe auf die Elektrizitätswirtschaft, die als wichtigster «Bedränger» bezeichnet wird, obwohl sie trotz wirtschaftlichen Bedenken enorm viel in die Umwelt investiert hat. Die Wasserkraft, das «weisse Gold der Alpen», wird seit über 100 Jahren intensiv genutzt. Bezogen auf ihre Grösse nimmt die Schweiz bei der Produktion von Hydroelektrizität weltweit sogar einen Spitzenplatz ein. Sie ist die einzige einheimische Energiequelle von Bedeutung und bildet Wertschöpfung und damit einen wesentlichen Pfeiler für den Wohlstand unseres Landes.

Im Umfeld der globalen Diskussionen um Klima, Naturschutz und Energie geht nichts ohne die Wasserkraft, und ohne Wohlstand gibt es auch keinen wirksamen Umweltschutz.



Ulrich Müller Chefredaktor VSE

notient/note

## Vox-Analyse: EMG scheiterte an Liberalisierungs-Skepsis

(d) Bei der Abstimmung über das Elektrizitätsmarktgesetz (EMG) gab die Skepsis ge-

Kein Kurzschluss bei unserer Stromversorgung.

Nein
zum Elektrizitätsmarktgesetz.

Logo der EMG-Gegner.

genüber der Liberalisierung und Privatisierung des Strommarktes den Ausschlag. Die Liberalisierung wurde zudem in der französischen Schweiz, wo das EMG deutlich abgelehnt wurde, weitaus stärker wahrgenommen als in der Deutschschweiz. Geringes Regierungsvertrauen war der zweite bestimmende Faktor für den Stimmentscheid. Zu diesem Schluss gelangt die Vox-Analyse der Volksabstimmungen vom 22. September 2002, die sich auf die Befragung von 1003 Personen stützt. Die Vorlage zum EMG war damals mit 52,6% abgelehnt worden.

Bei den Gegnern nannten 24% Liberalisierung und Privatisierung als Hauptgrund für ihr Nein, und weitere 15% befürchteten Wettbewerbsnachteile und steigende Preise. Bei Befürwortern sprachen sich 19% zugunsten einer Liberalisierung aus und weitere 9% hielten sie ohnehin für unvermeidlich. 18% befürworteten das EMG, weil sie sich von ihm Wettbewerbsvorteile und Preissenkungen versprachen. Eine untergeordnete Rolle spielten ökologische Motive.

# Strommarkt Schweiz – wie weiter?

(vse) An seiner Sitzung vom 5. Dezember 2002 in Bern hat der Vorstand des Verbandes Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen (VSE) die Lage des «Strommarktes Schweiz» nach dem Nein zum Elektrizitätsmarktgesetz (EMG) vom 22. September 2002 analysiert, die zukünftigen Entwicklungsalternativen beurteilt und die Grundsatzhaltung des Verbandes beschlossen.

Der Vorstand des VSE ist der Ansicht, dass die Öffnung der Stromnetze mit einer Verzögerung von wenigen Jahren auch in der Schweiz Tatsache sein wird. Er hat deshalb beschlossen, die Bemühungen des Bundesamtes für Energie für geeignete Rahmenbedingungen aus Sicht der Branche aktiv mitzugestalten. Die Elektrizitätsbranche sieht einerseits in der Ablehnung der Strommarktöffnung in der Schweiz ihre hohe Dienstleistungsqualität bestätigt, andererseits ist an-

# L'eau continue de couler

Depuis le rejet de la loi sur le marché de l'électricité lors de la votation fédérale d'automne dernier, il a coulé beaucoup d'eau sous les ponts. De nouveaux et d'anciens mécanismes font surface en vue d'une «gestion durable des eaux».

Il est vrai que l'eau revêt une importance capitale pour notre avenir. Etant donné que les influences humaines la menacent toujours plus, des milieux engagés revendiquent un programme de protection efficace pour les rivières et les cours d'eau alpins ainsi qu'une action commune des milieux politiques et économiques.

Le désir d'avoir des lacs de montagne idylliques et des torrents sauvages dans une nature intacte est compréhensible, mais n'apporte aucune solution concrète. Les valeurs naturelles et les exigences du tourisme sont souvent en conflit avec l'utilisation de la force hydraulique, les corrections des cours d'eau et le besoin grandissant d'espace pour les habitations. Les divers intérêts particuliers pour l'eau ne sont pratiquement pas compatibles.

Pour protéger efficacement la nature, il faut avant tout comprendre les relations entre l'environnement, les cours d'eau, leur flore et leur faune, déclarent les écologistes. Ceci n'est cependant qu'un aspect. Pour «une gestion durable de l'eau», il est aussi nécessaire de saisir les autres relations concernant l'utilisation de l'eau. C'est pourquoi de nouvelles connaissances interdisciplinaires sont nécessaires pour atteindre ce but, ainsi qu'une collaboration intense entre les divers groupes d'intérêts.

La solution ne réside pas dans les attaques unilatérales portées à l'économie électrique, considérée comme le principal «perturbateur» et ce, bien qu'elle ait énormément investi dans l'environnement malgré le handicap économique. La force hydraulique, «l'or blanc des Alpes», est utilisée depuis plus de 100 ans. Proportionnellement à sa taille, la Suisse occupe au niveau mondial une place de leader en matière de production d'électricité hydraulique. C'est la seule source d'énergie nationale d'importance. Elle constitue un pilier essentiel du bien-être de notre pays.

Dans le cadre des discussions globales au sujet du climat, de la protection de la nature et de l'énergie, rien ne fonctionne sans la force hydraulique et sans bien-être la protection de l'environnement n'est pas efficace.

Ulrich Müller, rédacteur AES

gesichts der klaren Wettbewerbsstrategie der EU im Energiebereich Handlungsbedarf gegeben.

Die Branche will in dieser Phase der Neuorientierung ihre Handlungsfreiheit bewahren. Nach dem Grundsatz der Subsidiarität will sie den Prozess der zukünftigen Strommarktöffnung steuern, aber nicht forcieren oder bremsen. Zwei Komponenten bilden die kurzfristigen Massnahmen: Einerseits werden auf Verbandsebene die Ausgestaltung der Richtlinien und Empfehlungen zur Öffnung des Strommarktes weitergeführt und damit die Voraussetzungen für einen späteren Netzzugang geschaffen. Andererseits sind auch auf Unternehmensebene die Anstrengungen für einen erfolgreichen späteren Wettbewerb fortzusetzen.



### **Bewährter Schweizer Strommix**

(fss) Im Dezember 2002 wurde mit Blick auf die bevorstehenden Abstimmungen zu den beiden Ausstiegs-Initiativen (Strom ohne Atom und MoratoriumPlus) in der ganzen Schweiz eine Serie von Inseraten geschaltet. Die Inserate sind vom Forum Stromversorgung Schweiz unterschrieben. Das Forum ist ein parteiunabhängiger Zusammenschluss von Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft. Das Sekretariat wird von der economiesuisse geführt. Es hat zum Ziel, die Bedeutung des bewährten Schweizer Strommixes für Wirtschaft, Gesellschaft und Umwelt aufzuzeigen.

Die Beschlüsse der EU-Energieminister vom 25. November 2002 haben den Willen der europäischen Staaten unterstrichen, die Strom- und Gasmärkte zu öffnen. Die Schweiz kann sich im Zentrum des vernetzten Stromeuropa von dieser Entwicklung nicht ohne teure Folgen abkoppeln. Der Vorstand des VSE ist daher überzeugt, dass zu gegebener Zeit ein geeignetes Gesetz zur Regelung des Netzzuganges notwendig sein wird. Die Elektrizitätsbranche wird aber weiterhin mit erster Priorität für eine hohe Versorgungsqualität für ihre Kunden einstehen.

### Wie weiter mit dem Strommarkt?

(bfe) Das Bundesamt für Energie erfasst zurzeit die nach dem Volks-Nein zum EMG entstandene neue Ausgangslage und entwickelt mögliche Lösungen, welche die Bedürfnisse der Bevölkerung und der Wirtschaft berücksichtigen. Als erstes drängt sich die Frage auf, wie der «Service Public», d.h. eine sichere Grundversorgung mit Elektrizität zu angemessenen Preisen auch in Zukunft gewährleistet werden soll.

Zweitens ist zu klären, ob sich die Stellung der schweizerischen Elektrizitätswirtschaft im europäischen Umfeld durch Gesetze oder Vereinbarungen verbessern lässt.

Drittens stellt sich die Frage, inwieweit das Bedürfnis der Wirtschaft nach international kompetitiven ElektrizitätspreiWarnung und Alarmierung sowie die Verbre kerung sind Aufgaben des Bevölkerungsschu In diesem Sinne erfolgte auf den 1. Januar zen und Verantwortungen des Bereichs Warterritoriale Aufgaben, Untergruppe Operat Departementsbereich Bevölkerungsschutz.

Seit Oktober 2002 verfügen alle 64 gross system modernster Technik zur Aktivierun Sirenen, die sich innerhalb der Nahzone befir lenlaufzeit), soll die betroffene Bevölkerung bietes aufrufen. Der Betreiber der betroffene die Auslösung des Alarms zum Schutze der sen weiter verfolgt werden Elektrizitätswissell. Das Bundesamt führt in den nächsten Monaten Gespräders der gegen das

che mit allen an elektrizitäts-

wirtschaftlichen Fragen inte-

ressierten Kreisen durch. Es

sind dies namentlich Vertretungen der Kantone, Gemein-

den und Städte, der Kon-

sumentenorganisationen, der

Wirtschaft, eingeschlossen die



Stromwirtschaft - wohin?



### Wasseralarm - von der Armee zum Bevölkerungsschutz

(ab) Im Rahmen der beiden Projekte Armee XXI und Bevölkerungsschutz XXI wurde – mit dem Ziel zu optimieren – der Bereich Wasseralarm dem Bevölkerungsschutz übertragen. Die Warnung und Alarmierung sowie die Verbreitung von Verhaltensanweisungen an die Bevölkerung sind Aufgaben des Bevölkerungsschutzes.

In diesem Sinne erfolgte auf den 1. Januar 2003 die Überführung der Aufgaben, Kompetenzen und Verantwortungen des Bereichs Wasseralarm von der bisher zuständigen Abteilung Territoriale Aufgaben, Untergruppe Operationen im Generalstab, in den neu zuständigen Departementsbereich Bevölkerungsschutz.

Seit Oktober 2002 verfügen alle 64 grossen Stauanlagen in der Schweiz über ein Alarmsystem modernster Technik zur Aktivierung der Wasseralarmsirenen. Das Ertönen dieser Sirenen, die sich innerhalb der Nahzone befinden (Nahzone = maximal zwei Stunden Flutwellenlaufzeit), soll die betroffene Bevölkerung zum sofortigen Verlassen des Überflutungsgebietes aufrufen. Der Betreiber der betroffenen Stauanlage ist in jedem Fall verantwortlich für die Auslösung des Alarms zum Schutze der Bevölkerung.

Elektrizitätswirtschaft, des Umweltschutzes und nicht zuletzt der gegen das EMG aufgetretenen Gewerkschaften. Diese Untersuchungen und Gespräche des Bundesamtes sind eine Grundlage für das UVEK und den Bundesrat für Entscheide über das weitere Vorgehen.

Die kürzlich veröffentlichte Meinungsumfrage des Forschungsinstituts Politik und Staat, Bern (GfS) zeigt, dass vermutlich der individuelle Nutzen des EMG für den einzelnen Haushalt nicht offensichtlich war, dies im Unterschied zu den Interessen der Wirtschaft.

### Bundesrat äussert sich zur Öffnung des Strommarktes

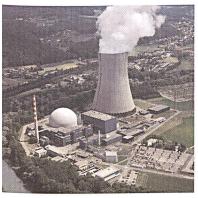
(efch) Der EU-Energierat hat am 25. November 2002 entschieden, dass ab Mitte 2007 alle Stromkonsumenten von der Öffnung des Elektrizitätsmarktes profitieren sollen. In Anbetracht dieser Entwicklung verlangte Nationalrat Alex Heim (CVP/SO) in der Fragestunde vom 2. Dezember eine Antwort des Bundesrates über die Folgen des EU-Entscheides. Für den Bundesrat stellen sich insbesondere die Fragen, wie die Bedingungen für die Stromtransite geregelt werden sollen und wie das Gegenrecht im Stromhandel gewährleistet werden soll. Die Position der Schweiz sei nach dem EMG-Nein geschwächt. Anstatt gesetzlicher Regelungen seien vorderhand nur privatrechtliche Vereinbarungen möglich. Der Bundesrat habe keine Kompetenzen, um in die Verhandlungen der schweizerischen Netzbetreiber mit ihren europäischen Partnern einzugreifen.

Auf die Frage nach der Reaktion des Bundesrates auf die Ablehnung des Elektrizitätsmarktgesetzes, gab es keine Antwort, in welche Richtung der Weg gehen wird. Das BFE führe momentan mit interessierten Kreisen eine Lageanalyse durch. Die Ergebnisse dieser Untersuchungen und Gespräche bilden eine Grundlage für den Bundesrat über das weitere Vorgehen. Man hofft, bis im Frühjahr 2003 die wesentlichen Fragen zum weiteren Vorgehen klären zu können.

## Kernenergie in der Schweiz: Die Kosten des Ausstiegs

(sva) Eine Untersuchung des **Energie-Instituts** Bremer schliesst an eine vom gleichen Institut erstellte Studie an, in der die kostengünstigste Stromersatzvariante – durch CO<sub>2</sub>produzierende Gaskraftwerke bei einem allfälligen Atomausstieg errechnet und mit Kosten von rund 40 Mrd. (Szenario «Strom ohne Atom») bzw. 29 Mrd. Franken (Szenario «MoratoriumPlus») beziffert worden waren. Die zweite Studie berücksichtigt zusätzlich die Auswirkungen, wenn die Kernkraftwerke in der Schweiz durch den forcierten Einsatz von Sonnen- und Windkraftwerken bzw. durch forciertes Stromsparen ersetzt würden.

Unter diesen Bedingungen entstehen bei einem Ausstieg der Schweiz aus der Kernenergie hohe zusätzliche Kosten gegenüber dem Weiterbetrieb der Kernkraftwerke. Werden die Kernkraftwerke durch den forcierten Ausbau der Photovoltaik und der Windenergie ersetzt, betragen die gesamten



Einheimische Stromproduktion zu 40% durch Kernkraftwerke.

Ausstiegskosten bis zum Jahre 2045 je nach Ausstiegsvariante bis zu 62,1 Mrd. Franken. Wird die effizientere Stromnutzung durch Investitionen in verbesserte Stromanwendungstechniken forciert, betragen die Ausstiegskosten bis zu 47,6 Mrd. Franken.

## Aufspaltung der Energieunternehmen als Wettbewerbsbremse?

Die Brüsseler Richtungsentscheidung zur Aufspaltung der Energieunternehmen bedeute für Deutschland eine zusätzliche Wettbewerbsbremse: «In der Bundesrepublik gibt es kein landesweites Energieunternehmen, das aufgespalten werden müsste. Vielmehr stehen rund Stromunternehmen im Wettbewerb». betonte der VDEW. Die deutsche Elektrizitätswirtschaft habe mit grossen Anstrengungen die rechnungsmässige Entflechtung der Unternehmenseinheiten setzt. Diese Entflechtung habe sich im Wettbewerb bewährt. Eine zusätzliche Aufspaltung in selbstständige Unternehmen ab 2007 würde nicht mehr Effizienz bringen, sondern vielmehr höhere Kosten.

## Vollständige Öffnung der EU-Energiemärkte bis 2007

(m/d) Die Märkte für Strom und Gas sollen in der ganzen Europäischen Union (EU) bis zum 1. Juli 2007 vollständig geöffnet sein. Darauf verständigte sich der EU-Energierat (Ministerrat) am 25. November in Brüssel. Die französische Industrieministerin Nicole Fontaine sagte, die Einigung sei für alle Mitgliederstaaten annehmbar. Der dänische Ratsvorsitzende Bendt Bendtsen sprach von einem «historischen Tag für die EU».



Die französische Industrieministerin Nicole Fontaine will die Strommärkte für Privatkunden ab 2007 öffnen.

Zum gleichen Zeitpunkt solle auch die rechtliche Entflechtung (Unbundling) der Unternehmen für den Energietransport und den Energieverkauf vollzogen sein. Hier ist noch keine endgültige Formel gefunden worden. Man wolle noch prüfen, ob diese strikte Trennung wirklich nötig sei.

In den Verhandlungen war der deutsche Bundeswirtschaftsminister Wolfgang Clement mit seinem Wunsch auf Ablehnung gestossen, auch Alternativen zu einer Trennung von Energie erzeugenden und Energie verteilenden Unternehmen zu ermöglichen. Grossbritannien bestand ebenso wie Schweden, Finnland, Belgien, Italien und Griechenland auf einer rechtlichen Trennung der Unternehmen für Transport und Erzeugung der Strom- und Gasbranchen. Die Entflechtung der Akteure sei die eigentliche Kernfrage und die Voraussetzung dafür, dass der Markt funktioniere.

Die EU-Staaten einigten sich ausserdem auf einen regulier-



Der deutsche Wirtschaftsminister Wolfgang Clement will die Möglichkeit einer freiwilligen Verbändevereinbarung behalten.

ten Marktzugang, was den Aufbau von Regulierungsbehörden in allen Mitgliedsländern nötig mache. Auf dem EU-Gipfel in Barcelona im März hatten sich die Staats- und Regierungschefs bereits darauf verständigt, dass gewerbliche Kunden (Grossabnehmer) ihren Stromanbieter von 2004 an frei wählen können.

# Stabile Beschäftigungslage

(m/g) Eine Personalumfrage des VSE bei 152 teilnehmenden Schweizer EVU, die über die Hälfte der Arbeitsplätze repräsentieren, ergab insgesamt eine relativ stabile Beschäftigungslage in der Branche. Die Auswertung zeigt eine minimale Abnahme (-0,2%) für das Jahr 2001 gegenüber 2000, in der Tendenz aber auch eine Zunahme (+1,1%) für das Jahr 2002



### SYSTEMLÖSUNGEN IM ENERGIEMARKT

# Publikumsliebling sein

